

Deutschland.

Berlin, 1. Juli. [Amtliche.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen aus Anlaß der stattgehabten Jubelfeier des 100jährigen Bestehens des Ober-Vergamts in Breslau folgende Orden und Ehrenzeichen verliehen, und zwar: den **Roten Adlerorden dritter Klasse** mit der Schleife: dem Bergbaupolizei- und Ober-Vergamts-Director Serlo zu Breslau; den **Roten Adlerorden dritter Klasse**: dem Ober-Schichtmeister und Grubenfactor Harnisch zu Königsbütte, dem Bergmeister Kapuscinski zu Tarnowitz und dem Hütten-Inpector Beheld zu Gleiwitz, sowie das **Alte-Preussische Ehrenkreuz**: dem Obersteiger Gruscha zu Brzezinka im Kreise Butten, dem Thorhüter Kalka zu Eisengießerei bei Gleiwitz, dem Obersteiger A. D. Kirsch zu Rudelsbühl im Kreise Volkenhagen, dem Obersteiger Klein zu Reichenstein, dem Steiger Köppel zu Grünberg, dem Obersteiger und Knappschäfter-Meister Roschard zu Friedrichshütte, dem Steiger Krügel zu Waldenburg, dem Maschinenwärter Krzymil zu Antonienhütte, dem Hauer Rykut zu Ober-Lagiewitz im Kreise Butten, dem Obersteiger Mohrhardt zu Ruda deselben Kreises, dem Obersteiger Reiffandt zu Schloß Myslowitz deselben Kreises, dem Hohen-Obersteiger Scheffert zu Gchorow, dem Kohlenmeister Staliga zu Bärzje, dem Obersteiger und Betriebsführer der Steinlohlengrube comb. Hohenlohe bei Wittow, Karl Schwarzer, dem Werksführer Thomasselt zu Antonia, im Kreise Oppeln, und dem Steiger Utgenannt zu Bismarck, im Kreise Myslowitz.

Se. Majestät der König hat dem Regierungs-Rath und Provinzial-Stempel-Fiscal von Puttkamer in Potsdam bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath verliehen. Den Dr. phil. Freiherrn Theodor von der Goltz zu Waldbau zum ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der königlichen Universität zu Königsberg i. Pr.; den Oberpfarrer Theodor Robert Fikzer in Neppen zum Superintendenten der Diöcese Sternberg II., Regierungsbezirk Frankfurt a. O.; und den Pastor Wandel in Wirschowitz zum Superintendenten der Diöcese Militsch-Trachenberg, Regierungsbezirk Breslau, ernannt.

Se. Majestät der König hat den bisherigen commissarischen Bureau-Vorsteher bei der Ober-Post-Direction in Magdeburg, Post-Inpector Lehmann, zum Post-Rathe ernannt, und dem Post-Inpector Bergemann in Berlin den Charakter als Post-Rath verliehen.

Der bisherige königlich sächsische Finanz-Calculator Wilhelm Albert Emrich, der bisherige königlich preussische Militär-Intendantur-Secretär Gustav Flatau und der bisherige königlich sächsische Finanz-Rechnungs-Canzlist Heinrich Seidler, sind zu Geheimen revidirenden Calculatoren bei dem Rechnungshofe des Norddeutschen Bundes ernannt worden.

Das administrative Mitglied der königlichen Commission für den Bau der Schlesischen Gebirgsbahn, Regierungs-Rath Kleine, ist als Mitglied an die königliche Direction der Westfälischen Eisenbahn nach Münster, und das seitliche Mitglied der letzteren, Regierungsrath-Meffor von Capri, an die erlangte königliche Commission nach Götting versetzt worden. — Dem bisherigen Gerichts-Meffor Dr. Richter zu Breslau ist bei seiner Uebernahme auf die kirchliche Verwaltung der Titel als Consistorial-Meffor beigelegt worden.

Berlin, 1. Juli. [Ihre Majestät die Königin], Allerhöchsthochselbst, welche gestern Baden verlassen, hatte in Frankfurt auf dem Bahnhofe eine Zusammenkunft mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden und wurde diesen Morgen von Sr. Majestät dem Könige auf der königl. Privatstation zu Babelsberg empfangen. (St.-A.)

[Das Schreiben des Königs an Gr. Bismarck] lautet: Auf Ihren mündlichen und schriftlichen Antrag vom 29. Juni v. J. ertheile Ich Ihnen einen mehrmonatlichen Urlaub, und will Ich Sie, Ihrem Wunsche gemäß und in Hoffnung auf Ihre baldige völlige Wiederherstellung und den damit verbundenen Wiedereintritt in den ganzen Umfang Ihrer Geschäfte, bis auf Weiteres von dem Vorstehe in dem Staats-Ministerium und von der Vetheiligung an den Beratungen desselben entbinden. Auch will Ich den Präsidenten des Bundeskanzler-Amtes, Wirklichen Geheimen Rath Delbrück beauftragen, allen Beratungen des Staats-Ministeriums, welche mit den Bundesangelegenheiten in Beziehung stehen, beizuwohnen.

Schloß Babelsberg, den 30. Juni 1869.

Bismarck.
Berlin, 1. Juli. [Eindruck des Rücktritts Bismarcks vom Ministerpräsidentenposten. — Aus liberalem und conservativem Lager. — Äußerungen des Grafen Bismarck über äußere und innere Politik.] Auf der politischen Tagesordnung Berlins steht heute die Erklärung der „Provinzial-Correspondenz“ über die eingetretene Vacanz des Ministerpräsidentenpostens. Innerhalb der liberalen Partei hat die Mittheilung des hoch-officiösen Blattes weniger als in conservativen Kreisen überaus. In den letzteren hält man des Grafen Bismarck Entschluß, dem Ministerpräsidenten zu entsagen, einer Auflösung des Cabinets gleich. Um die gegenwärtigen Minister gruppieren sich jedoch so viele Lebensinteressen der conservativen Partei, daß man nicht ohne eine gewisse Besorgnis die eigentliche Krisis herannahen sieht. Der Trost will nicht versagen, daß Graf Bismarck als Minister der auswärtigen Angelegenheiten noch immer einen maßgebenden Einfluß im Ministerrath ausüben würde. Seitdem das Auswärtige auf den Bund übergegangen, und von dem Momente ab, wo Graf Bismarck aufhört Ministerpräsident zu sein, steht er in keinen geschäftlichen Beziehungen mehr zum preussischen Landtag. Daß er sich als Mitglied des Herrenhauses an den Debatten dieser Körperschaft betheiligen würde, daran glauben selbst seine conservativen Freunde zu zweifeln zu müssen. Für sie fragt es sich in erster Linie, ob abgesehen von den Gesundheitsverhältnissen des Grafen, der König mit diesem Schritte sich einverstanden erklären wird. Wir hören von verschie-denen Seiten die Ansicht aussprechen, daß dem nichts entgegenstehen dürfte, sobald der König entschlossen ist, eine Ministerkrise nicht zum Ausbruch gelangen zu lassen. Dies sei um so mehr anzunehmen, als Graf Bismarck in jüngster Zeit wiederholt auf die empfindlichen Niederlagen zu sprechen kam, welche das preussische Ministerium direct wie indirect bezüglich seiner Steuerforderungen vom Reichstag und Zollparlament erlitten. Man sagt hinzu, daß dieser gewiegte Staatsmann, der alle parlamentarischen Phasen durchgemacht über die Erfolge der Regierung vor dem im October zusammentretenden Landtage sich schwerlich solche Illusionen machen wird, wie etwa die Publicisten der „Provinzial-Correspondenz“. Dieselben schreiben nämlich: „Nachdem die Einigung in der jüngsten Session leider nicht erreicht worden ist, muß es der im Herbst bevorstehenden Landtagsession vorbehalten bleiben, vor Allem dem augenblicklichen Bedürfnisse der preussischen Verwaltung abzuhelfen.“ Von liberaler Seite meint man, daß mit diesem kategorischen Imperativ der preussischen Volksvertretung schwerlich imponirt werden wird; hingegen würden die Angelegenheiten wohl eine günstige Wendung gewinnen können, wenn sich das Gericht befähigen sollte, daß Graf Bismarck den Schwerpunkt der Regierung in den Bund legen, mit der Creirung von Bundesministern seine staatliche Schöpfung erweitern und die Anschlußfrage des Südens energisch aufnehmen würde. Beiläufig gesagt, unterbreiten viele Anhänger des Bundeskanzlers diese Motive der Niederlegung des preussischen Ministerpräsidentenpostens. — Begreiflich ist die Würdigung, welche unter den hier lebenden Reichstags- und Landtags-Abgeordneten eine Unterhaltung zwischen dem Grafen Bismarck

und einem amerikanischen Publicisten gefunden, welche im „New Yorker Herald“ erschienen und von der „Nordd. Allg. Ztg.“ ohne alle Reserve mitgetheilt wird. Sie werden sich nicht entgehen lassen, die interessante Veröffentlichung eines Gesprächs, das offenbar für die Publicität bestimmt war, auch Ihren Lesern mitzutheilen. Wir möchten nur noch hinzufügen, daß manchem hier lebenden Abgeordneten die Art und Weise nicht neu klingen wird, mit welcher Graf Bismarck von der großen liberalen Partei einen unbedingten Ministerialismus verlangt. Der Unterschied bestand nur darin, daß neben den Forderungen auch Versprechungen liefen, die selbstverständlich nicht erfüllt wurden. Aufgefallen ist nur jener Passus in Bezug auf die Position zu Russland, welche im Gegensatz zur Mißachtung der parlamentarischen Opposition unerwartet darlegt, daß gerade die Opposition von einer Allianz mit Russland am wenigsten etwas hören wolle. Jedenfalls stimmt diese Äußerung nicht mit den Lobeserhebungen Gortschakoffs seitens unserer eingeborenen Moskowiten, die in dem russischen Staatskanzler einen Bewunderer des „werbenden Deutschland“ erblicken.

[Der Bundeskanzler Graf Bismarck] ist heute Früh um halb 9 Uhr nach Barmen abgereist. Die Frau Gräfin Bismarck wird mit ihrer Tochter ihrem Gemahl am Sonnabend folgen.

[Der Justizminister Dr. Leonhardt] ist von seiner Reise nach der Rheinprovinz hierher zurückgekehrt.

[In der Untersuchungssache wider v. Baskrow,] in welcher bekanntlich am 5. d. M. Termin zur Verhandlung ansteht, ist es der Criminalpolizei noch in der zwölften Stunde gelungen, ein Beweismittel herbeizuschaffen, welches für die Sache von höchster Wichtigkeit ist. Es ist dies eine Zeugin, eine in demselben Hause am Grünen Weg wohnende Frau, welche den Angeklagten am Tage der That mit dem Knaben Hande an der Hand das Haus hat betreten und die Treppen hinaufsteigen sehen. Merkwürdiger Weise hat sich diese Frau, wie sie sagt, nur durch eine thörichte Scheu vor dem Gericht und der Polizei so lange davon abhalten lassen, mit ihrer Wahrnehmung hervorzutreten. Ihre Ermittlung erfolgte durch die Criminalpolizei dadurch, daß sie hin und wieder das, was sie gesehen, anderen Leuten mittheilte. In Folge dieser Ermittlung haben sich am Dienstag Untersuchungsrichter und Staatsanwalt noch einmal nach jenem Hause begeben, wo das Verbrechen stattgefunden, um die Zeugin an Ort und Stelle zu vernehmen.

Leipzig, 30. Juni. [Die erste israelitische Synode.] Gestern Vormittag ist im Hotel de Pologne hieselbst die erste israelitische Synode zusammengetreten, zu welcher nach Ausweis der Präsenzliste 82 stimmberechtigte Rabbiner, Gelehrte und Gemeindevorsteher sich eingefunden hatten. Nach einer Eröffnungsrede des hiesigen Rabbiners Dr. Goldschmidt wurde der gedruckt vorliegende Geschäftsordnungs-Entwurf ohne Debatte angenommen und Johann Professor Lazarus aus Berlin zum Präsidenten, Dr. Geiger aus Frankfurt und Herr v. Wertheimer aus Wien zu Vicepräsidenten erwählt. — Am Abend versammelten sich etwa 60 Gemeinde-Vorstands-Mitglieder zur Besprechung des Projectes der Begründung eines jüdischen Gemeindetages. Zum Vorsitzenden wurde Herr M. Sohn von hier erwählt; der Antrag Dr. Geigers, den Gemeindegtag stets mit der Synode vereinigt zu halten, wurde als unzumuthbar mit großer Mehrheit der Stimmen abgelehnt.

Italien.

Rom, 26. Juni. [Rom und Mexico.] Daß der Papst, schreibt man der „R. Z.“, gestern im Consistorium auch zwei mexicanische Bischöfe präconisirt hat, läßt keineswegs darauf schließen, daß der heilige Stuhl wieder in Verbindung mit der mexicanischen Regierung trete. Aber schon im vergangenen Jahre ließ der Papst, da viele Bischofsitze in Mexico vacant waren, Suarez unter der Hand durch einen Jugendfreund desselben, einen Bischof jenes Landes, der einigen Einfluß auf den Präsidenten bewahrt hat, diesen sondiren, und Suarez erklärte, er sehe keinerlei Uebelstand darin, daß der Papst nach seinem Belieben Bischöfe ernenne in einem Lande, welches die Lehre von der freien Kirche im freien Staate erkennt. Schon damals nahm Pius den Präsidenten beim Worte und ernannte eine ganze Reihe von Bi-

* Dieser Artikel der „Nordd. A. Z.“ lautet wörtlich wie folgt: Ein Correspondent des „New-York-Herald“ berichtet über eine Unterredung mit dem Grafen Bismarck, die er erbeten hatte, um sich über die innere Politik des Norddeutschen Bundes zu orientiren, und zu erfahren, wie der Minister über die Verwerfung der Steuer-Vorlagen im Reichstage denke. Die Antwort, wie er sie aufgegeben hat, ging im Wesentlichen dahin: Die Schuld an der Verwerfung der Vorlagen und den Schwierigkeiten, die sich weiter daraus entwickeln könnten, liege daran, daß die Abgeordneten kein richtiges Verständniß für die Situation und für ihre eigene Stellung hätten. Sie dächten sich als einen Staat im Staate, bewegten sich also eigentlich noch in feudalen Vorstellungen. Sie hätten keinen Sinn für eine Gemeinsamkeit der Interessen zwischen ihnen und der Regierung. Sie geseien sich in Widersprüchen, Tadeln, Erheben von Schwierigkeiten, machten aber selbst keine nützlichen Vorschläge und meinten, es sei die Sache des Ministeriums, zu sehen, wie es herauskäme. Geheißt in zahlreiche Factionen, jede von anderen Interessen beherrscht, fanden sie sich nur in der Opposition zusammen, und wollten nicht einsehen, daß sie die Geldmittel ja nicht dem Ministerium, sondern dem Lande zu bewilligen hätten. Es werde vielleicht nötig sein, im Herbst an die Wähler zu appelliren und zu sehen, ob sie nicht besserer Verstand für die Aufgaben des modernen Staates und die Stellung der Volksvertretung hätten, als diese Herren, von denen jeder sich für einen Staatsmann par excellence halte. Die wiederholten Versicherungen persönlichen Vertrauens zu ihm hätten neben dieser Handlungsweise natürlich gar keinen Werth. Er habe die Sache längst satt, und hätte wiederholt um seine Entlassung gebeten. Der bejahrte König aber wolle seine Minister behalten und sich nicht neuen, noch nicht bewährten Rathgebern anvertrauen. Auf die Frage des Correspondenten, ob die europäische Lage in der That nicht eine Reducirung des Militärs zulaße, wurde ihm die Antwort: Nein, Norddeutschland müsse bewaffnet und wachsam sein; denn es habe keine Bürgschaft für die Absichten Frankreichs und Oesterreichs. England und Amerika hätten einen Familienstreit unter sich, und von einer Allianz mit Russland würde gerade die Opposition am wenigsten etwas hören wollen. Bei dieser Sachlage auf sich selbst angewiesen, könne Norddeutschland seine Militärmacht nicht verabschonen. Das französische Volk habe zwar kein Verlangen nach Krieg, aber es habe ein Temperament, das leicht zu entzünden sei und wenn das geschehen, würde es sich mit einem Ungestüm in den Krieg stürzen, von dem die uneinig und phlegmatischen deutschen Factionen keine Vortheile hätten.

Auf die Bemerkung des Correspondenten, daß diese Äußerungen mehr Preußen als den Norddeutschen Bund anzugehen schienen, erwiderte Graf Bismarck: Wie könnten die Interessen Preußen in diesen Beziehungen getrennt werden? Stellen Sie sich vor, daß der Staat New-York eine Bevölkerung von 30 Millionen, und alle übrigen Staaten der Union nur eine solche von 6 bis 7 Millionen hätten.

schöfen, von denen sich voraussetzen ließ, daß sie der dortigen Regierung nicht unangenehm seien. Er hat jetzt damit fortgefahren.

[Marquis de Banneville] wird auf einen Sommerurlaub verzichten, er bleibt hier. In der letzten Audienz hatte er mitzutheilen, der Kaiser werde, wenn es dem Papst genehm sei, sich auf dem Concil durch einen Gefandten vertreten lassen. Der Papst drückte dem Marquis seine besondere Freude mit dem Bemerkten darüber aus, der Kaiser gebe ein Beispiel des Vertrauens, anderen katholischen Fürsten zur Nachahmung.

Frankreich.

Paris, 29. Juni. [Der Einfluß der Kaiserin auf die Politik.] Während sich der Kaiser im Lager von Chalons aufhielt, hat sich Monsignor Chigi, der päpstliche Nuntius, zur Kaiserin begeben, um, wie es heißt, von ihr Aufschluß zu erhalten über die Unterhandlungen zwischen Paris und Florenz mit Bezug auf eine Räumung der Kirchenstaaten durch die französischen Truppen. Die Kunde von diesem geistlichen Besuche hat einen ärgerlichen Eindruck gemacht. Wir kommen heute auf das schon veraltete Factum zurück, um daran einige Bemerkungen über den Einfluß der Kaiserin auf die Politik zu knüpfen; dieselben sind im Wesentlichen einem Artikel des „Universel“ entnommen. Offenbar ist der Nuntius nicht bloß deshalb in die Tuilerien gegangen, um Erkundigungen einzuziehen. Er hat jedenfalls auch an die religiösen Ueberzeugungen der Kaiserin appellirt. Alle Mittel, welche ein geschickter, in den Traditionen der Kirchenpolitik wohlgeübter Priester anzuwenden weiß, wird er angewandt haben, um die Kaiserin zu bestimmen, sich einzumischen und ihren Einfluß als Frau und Fürstin auf die Entschlüsse des Staatsoberhauptes wirken zu lassen. Die alte Geschichte vom Priester und der Frau, so viel befruchtet und besprochen, erscheint hier unter ihrer übelsten Gestalt, und die erste Idee, welche unter solchen Umständen im Geiste der Franzosen sich regen muß, ist diese: Warum darf sich die Kaiserin mit der Politik befassen? Im Anfange der Herrschaft erstreckte sich der lebenswürdige Einfluß Eugeniens nur auf den Umfang der Grinolinien; im Verlauf der Jahre aber trat er aus dem Kreise angenehmer, nützlicher oder frommer Dinge heraus, um sich in die Regionen der Staatsweisheit zu erheben. Das amtliche Blatt kündigt die Gegenwart der Kaiserin in dem Ministerrathe an. Seit einigen Jahren hat diese Einmischung einen so bestimmten Charakter angenommen, daß sich etwas wie eine „Partei der Kaiserin“ gebildet hat, eine Partei, die nicht nur am Hofe ihr Wesen treibt und mehr als einmal über wichtige Personenfragen entschieden hat. Sie ist überall vertreten: in der Diplomatie, in der Armee, in der Presse, und verrät sich jetzt thatsächlich durch eine nervöse und weibliche Ueberpanntheit, sowie durch einen sehr ausgesprochenen Hang zur Reaction. Es ist unmöglich, von diesem Gegenstande zu sprechen, ohne dabei der unglücklichen Königin zu gedenken, in der, wie es heißt, die Kaiserin Eugenie ihr Ideal verehrt, welche gleichfalls ihre Parteigänger besaß und einen so verhängnißvollen Einfluß auf die politische Haltung ihres Gemahls ausübte. Diese Gewalt der Frauen war eines der Uebel der alten Monarchie, deren Untergang sie beschleunigte, indem sie durch die Erregung bestiger Leidenschaften zu den tragischen Ereignissen beitrug, welche eine große Epoche mit Blut überströmten. Als Marie Antoinette bei dem verhängnißvollen Mahle in der Drangerie in Versailles erschien, erhiteten sich die royalistischen Leidenschaften bis zur Beschimpfung und am folgenden Tage kochte der Zorn im Herzen der Pariser Bevölkerung. Der persönliche Charakter der Regierung des 10. December hat auch folgerichtig die Uebel des alten Regime wieder erzeugt. Der Einfluß der Kaiserin wächst von Tag zu Tag in dem Maße, wie die Ereignisse eine höhere Wichtigkeit gewinnen und einen Zuwachs von männlicher Besonnenheit erfordern. Heute, wie unter Louis XVI., giebt es zwei Parteien am Hofe. Es ist nicht ein vernünftiger Mensch in Frankreich, der nicht einsähe, daß mit der gegenwärtigen Verfassung, mit den bizarren Zuständen, die sie ins Leben gerufen, mit dem politischen Geiste, den sie im kaiserlichen Palast ausgebildet, mit den Parteigruppen, die sie geschaffen, den Leidenschaften, die sie entflammte hat, mit der tiefen Spaltung, die daraus zwischen den regierenden Kreisen und der öffentlichen Meinung erwachsen ist — es ist, sage ich, nicht ein vernünftiger Mensch in Frankreich, der nicht die heftigsten Katastrophen voraussehe, wenn das Geschick plötzlich die Frage einer Regentenschaft vor dem Lande aufstellte. Die „Partei der Kaiserin“ thut freilich alles Mögliche, um es dahin zu bringen, daß es dazu einer so präcisen Frage gar nicht erst bedürfe.

Was nun den Gegenstand jener Unterredung zwischen der Kaiserin Eugenie und dem Nuntius angeht, so taucht alle zwei Tage das Gerücht auf, es sei schon eine Unterhandlung mit der italienischen Regierung eingeleitet, ja sogar ein Vertrag zwischen Napoleon III. und Victor Emanuel abgeschlossen, welcher Vertrag die vollkommene Räumung des Kirchenstaates bedinge. Jedem Austausch dieses Gerüchtes aber folgt das officiöse Dementi auf dem Fuße. So sagt heute die „Patrie“ einer derartigen Nachricht der Correspondenz „Germania“ gegenüber: „Die Nachricht ist falsch, durchaus falsch.“ Sie beruht auf einer Erfindung; aber auch abgesehen von unseren genauen Informationen über diesen Punkt erscheint die Thatfache an sich selbst, genauer betrachtet, als absolut unwahrscheinlich.

* Paris, 29. Juni. [Frankreich und Preußen.] Der Haupt-Redacteur des „Temps“, Neffter, der gegenwärtig Deutschland bereist, hat von Dresden aus (26. Juni) folgendes Schreiben an sein Blatt gerichtet:

Ich weiß nicht, welche Wirkung die Rede von Chalons bei uns hervorgerufen hat. In Berlin, wo ich mich gestern befand, war der Eindruck keiner der günstigsten, worüber man jedoch nicht zu erstaunen braucht. Diese kleine Ansprache erschien zugleich zweideutig und drohend, wie mehrere der Redatsprüche, welche den kaiserlichen Lippen früher entschlüpft sind. Die Berliner, welche ein gutes Gedächtniß haben, erinnerten sich sofort, daß der Kaiser im letzten Jahre und im nämlichen Lager von Chalons erklärte, nichts sagen zu wollen aus Besorgnis, seine Worte könnten falsch ausgelegt werden. Sie fragen sich, ob die Umstände sich geändert haben, ob sich der Wind der kaiserlichen Politik von Neuem gekehrt, da der Kaiser heute glaubt hat, aus der Ferne herzutreten zu dürfen, welche er sich letztes Jahr auferlegt hatte. Was ihnen übrigens besonders aufgefallen ist, ist nicht die Glorification des militärischen Geistes, sondern die Behauptung, alle von Frankreich unternommenen Kriege, worunter natürlich die des ersten Kaiserreiches mit eingegriffen sind, seien eben so viele Kreuzzüge zu Gunsten der Civilisation, also legitime und heilige Werke gewesen, woraus folgen würde, daß die Engländer, Deutschen, Spanier und mit Einem Worte alle Völker, welche wir bekämpft, Barbaren waren, die wir unterworfen und so bis zu uns erheben wollten, und die, indem sie uns widerstanden, ihre Interessen vollständig verkannten.

